

SEPTEMBER 2013

Wählen gehen: Für den Politikwechsel!

Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa – Handlungsfähiger Staat

Fast könnte man meinen, alles sei schon entschieden. Doch abgerechnet wird erst am 22. September. Du hast eine Stimme - nutze sie. Geh wählen! Wir haben es in der Hand. Wenn wir alle zur Wahl gehen und noch viele Nichtwähler davon überzeugen, wird es am Wahlabend echte Überraschungen geben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, am 22. September 2013 wählen zu gehen.

Die Bundestagswahl ist eine Chance, um für einen Politikwechsel zu sorgen. Unser Land braucht eine gerechtere Politik anstelle einer einseitigen Sparpolitik, für die die Beschäftigten, die Rentnerinnen und Rentner sowie die Arbeitslosen zahlen und die dafür verantwortlich ist, dass die Armut in unserem reichen Land trotz sinkender Arbeitslosigkeit immer größer wird.

Wer am 22. September wählt, kann für einen Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sorgen. Es gibt Alternativen – wir haben sie klar benannt! Darum: Wählen gehen am 22. September!

FÜR UNS ALLE.

Wir alle haben ein Recht auf gute Arbeit. Und verdienen einen sicheren Ruhestand. In einem sozialen Europa. Mit einem handlungsfähigen Staat. Doch die Regierung lässt uns allein. Gemeinsam können wir das ändern: Gute Arbeit, sichere Rente, soziales Europa, aktiver Staat. Für uns alle.



Foto: DGB

WIR ALLE HABEN EIN RECHT AUF GUTE ARBEIT.

Mit starken Tarifverträgen, klaren Regeln, beruflichen Perspektiven und gesunden Bedingungen. Deshalb beziehen wir Position: Für die Stärkung der Tarifautonomie und mehr Mitbestimmung – gegen die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Deutschland braucht eine neue Ordnung der Arbeit mit einem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, gleichem Lohn für gleiche Arbeit, starken Arbeitnehmerrechten sowie einer Minijob-Reform. Für sichere Arbeitsplätze statt unsichere Jobs und Dumpinglöhne – wir fordern Gute Arbeit.

WIR ALLE VERDIENEN EINEN SICHEREN RUHESTAND.

Mit geregelten Übergängen, guter Rente und fairer Finanzierung – denn Armut im Alter ist ein großes Problem. Deshalb beziehen wir Position: Für ein stabiles Rentenniveau, flexible Wege vom Erwerbsleben in die Rente und einen Ruhestand in Würde und finanzieller Sicherheit – gegen die Rente mit 67. Deutschland braucht starke Sozialversicherungen. Sie zeigen gerade in der Krise ihre Stärke. Mit einem Ausbau der solidarischen Finanzierung können die Renten in Zukunft gesichert, das Rentenniveau gehalten, die Erwerbsminderungsrente verbessert, die Rente mit 67 zumindest ausgesetzt und Altersarmut wirksam bekämpft werden – wir fordern Sichere Renten.



Foto: DGB/ SMN

WIR ALLE WOLLEN IN EINEM SOZIALEN EUROPA LEBEN.

Mit einem gerechten Arbeitsmarkt, menschlichen Leitwerten und demokratischer Mitbestimmung. Damit wir eine Zukunft haben. Deshalb beziehen wir Position: Für mehr Mitbestimmung, Transparenz und Beteiligung in einem demokratischen Europa – gegen die Aushöhlung von Demokratie und Solidarität. Deutschland braucht ein demokratisches und soziales Europa, in dem der Schutz sozialer Rechte Vorrang vor Marktfreiheiten für Unternehmen hat. Mit einem Investitions- und Wachstumsprogramm – einem „Marshallplan“ – kann die rigorose Sparpolitik, die Millionen Existenzen gefährdet, ersetzt und mehr Beschäftigung und Gerechtigkeit in Europa geschaffen werden. Die Arbeitnehmerrechte müssen geachtet werden, damit die Menschen mitbestimmt arbeiten und in Würde leben können. Wir fordern eine soziale Fortschrittsklausel und einen neuen Sozialkontrakt – wir fordern ein Soziales Europa.

WIR ALLE BRAUCHEN EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN, AKTIVEN STAAT.

Damit wir ein gutes und sicheres Leben führen können – mit moderner Infrastruktur, einem guten Bildungssystem, nachhaltiger Energiepolitik und stabiler innerer Sicherheit. Deshalb beziehen wir Position: Für solide finanzierte Haushalte, gerechte Umverteilung und einen handlungsfähigen Staat – gegen Spardiktat und Steuerflucht. Deutschland braucht einen Staat, der finanziell handlungsfähig ist, Regeln setzt und investiert. Denn gute Arbeit, eine zukunftsfähige Gesellschaft und erfolgreiches Wirtschaften hängen von einem intakten Bildungssystem, einer funktionierenden Infrastruktur und von gerechten Steuern ab – wir fordern einen Aktiven Staat! Alle demokratischen Parteien sind in der Verantwortung, dass aus der europäischen Banken- und Wirtschaftskrise keine Krise der europäischen Idee und der Demokratie wird. Unsere demokratische Gesellschaft braucht Vielfalt und Respekt gegenüber allen Menschen. Nazis haben bei uns nichts zu suchen – weder auf der Straße noch in unseren Parlamenten.



Alle aktuellen Informationen zu den Themen von DGB und Gewerkschaften findet ihr auch im Internet unter

www.dgb.de



Dort gibt es u.a. ein Quiz zur Bundestagswahl unter

<http://www.dgb.de/btw2013/polit-quiz/++co++1b3f6cfe-f9d9-11e2-9196-00188b4dc422>

und einen aktuellen Videoclip der IG Metall „Geh wählen! Metallmix 2013“, der sich zum Weiterleiten und Verbreiten sehr gut anbietet.

IMPRESSUM

DGB-Bezirk West
Rheinland-Pfalz / Saar
Kaiserstr. 26-30
55116 Mainz

Redaktion:

Benedikt Hummel
DGB Rheinland-Pfalz
Tel.: (06131) 28 16 -31
E-Mail: benedikt.hummel@dgb.de

Herausgeber:

Dietmar Muscheid

www.west.dgb.de

